

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.

Berleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstejn & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abend-Ausgabe.

Das ultramontane Treiben in Oberschlesien.

Die politische Demokratisierung des Zentrums ist wieder einen erheblichen Schritt weiter geblieben. In der Germania wird der katholische Pfarrer Mujiol zu Schalkowitz im Oberschlesischen angegriffen, weil er bei der Doppelwahl am 7. d. M. als Wahlmann gegen den vom Zentrum zu den Polen übergegangenen Major A. D. Szynala gestimmt hat.

Ergötzlich wirken dabei die Klagen über die gegen den 7. November v. J. in Oppeln verstärkte antiliberale Wüsterheit; die zünftige Centralisationspolitik des Zentrums in Oberschlesien findet also doch bei den dortigen deutschen Katholiken einigen Widerstand. Im Uebrigen ist es nicht uninteressant, zu beobachten, wie sich gerade in Schlesien beim Zentrum die zugleich national und kirchlich verderbliche Tendenz entwickelt und verläuft hat.

Das Ende dieses ultramontanen Treibens in Oberschlesien wird die Herrschaft des Potentismus sein, aber nicht diejenige eines konservativ-meritokratischen, sondern eines radikal-sozialen. Entsprechend ist bereits bei den vorigen Wahlen das früher ultramontan vertretene Waldenburg i. Schlef. in sozialdemokratische Hände gerathen.

Deutschland.

Berlin, 13. Juni. Die sehr unbestimmten offiziellen Aeußerungen über die Frage der Konvertierung der Aprozentigen preussischen und Reichs-Anleihen konnten selbstverständlich die Befürchtungen nicht beruhigen. Der Cours der Aprozentigen preussischen Konfols, der vor Kurzem noch nahe an 108 stand, ist bis gestern auf 104,80 zurückgegangen.

Die überwiegende Mehrheit der Befürworter dieser Vergebung nicht zu den Reichen, welche eine Minderung ihrer Einnahmen vertragen können, ohne sich empfindliche Einschränkungen in der gewohnten Lebenshaltung aufliegen zu müssen. Diese nach vielen Tausenden zählenden Familienväter haben Aprozentige Konfols und ähnliche Werthe in der Voraussetzungen gekauft, sie würden dauernd die jenem Zinsfuß entsprechende Rente beziehen. Nach letzterer haben viele das Kapital bemessen, dessen sie zu bedürfen glaubten, um sich nach langer Arbeit zurückziehen und jüngerer Kräften ihr Geschäft übergeben zu können.

Von den reichen Leuten würde ein Theil die gewonnenen Lehren sich vielleicht zu Nutzen machen, diejenigen aber, welche nur knapp mit der bis dahin bezogenen Rente auskommen, und das ist die große Mehrzahl, würden meist die Gefahr eines ihnen fern scheinenden Vermögensverlustes gegenüber der Nothwendigkeit sofortiger und dauernder Einschränkung für gering achten. Bei der enormen Summe, um die es sich diesmal handelt würde (den Aprozentigen preussischen Konfols würden sofort alle anderen ähnlichen Werthe folgen), wären die hinaus gebrachten Beträge und somit die drohenden Verluste am Nationalvermögen unvergleichlich größer als jemals vorher.

Im Reichs-Versicherungsamt fand gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Vöbiler eine Konferenz zur Veranlassung des Erlasses von Unfallversicherungs-Vorschriften für die land- und forstwirtschaftlichen Berufsgruppen statt, an welcher für die preussischen Berufsgruppen der Landesdirektor Freiherr von Hammerstein-Dannenberg, der Landeshauptmann Dr. von Dzierzowski-Posen und der Landesrath Schmidt-Dillendorff, für die außerpreussischen die Vorstands-Vorsitzenden bzw. Mitglieder Freiherr von Welsch (Batern), Deconomie-Rath Hübel (Sachsen) und Gutsbesitzer Schalgburg (Weidenburg-Schwerin) Theil nahmen.

Der „Schlef. Ztg.“ wird geschrieben: „Nach dem Gesetz vom Schutze von Waarenbezeichnungen vom 12. Mai d. J. werden die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen über die Einrichtung und den Geschäftsgang des Patentamts sowie über das Verfahren vor diesem durch kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths getroffen. Ein zu diesem Zweck aufgestellter Entwurf einer Ausführungsverordnung regelt in seinem ersten Abschnitt die Bearbeitung der Waarenzeichenangelegenheiten durch das Patentamt auf einer Grundlage, die im allgemeinen den Grundgedanken des Patentgesetzes entspricht.“

Die jüngsten marokkanischen Vorfälle erinnern Europa daran, daß in jenem nordwestlichen Winkel des dunklen Welttheils eine „Frage“ vorhanden ist, deren unzeitiges Aufrollen allerdings nichtliche Folgen auch für weitere Kreise nach sich ziehen könnte. Wemgleich nun aber die Londoner und Madrider Telegramme nicht ganz ohne Sorge wegen der nächsten Zukunft des Landes sich ausdrücken, wirken sie doch insofern beruhigend, als sie dartun, daß das diplomatische Korps in Tanger auf dem Posten ist und Kriegsschiffe zur Verfügung hat, welche nöthigenfalls in wirksamer Weise sich des Schutzes etwa bedrohten Lebens und Eigentums der in den Küstenstädten wohnhaften europäischen Staatsangehörigen annehmen können.

Wien, 12. Juni. Der ehemalige serbische Gesandte in Petersburg Nicola Paschitsch wurde hier auf der Durchreise interviewt. Aus seinen keineswegs sensationellen Aeußerungen ist immerhin folgendes hervorzuheben: Der gegenwärtige Zustand Serbiens sei unhaltbar. Die Behauptung, daß die Abthaler eine antidynastische Verschwörung angezettelt hätten, sei eine ungerechte Verdächtigung. Ansland habe den serbischen Staatsschreck schlecht aufgenommen. Stambulows Entlassung sei durch das Bestreben des Fürsten Ferdinand nach Anerkennung durch die Mächte hervorgerufen. Paschitsch geht zunächst nach Albazia, dann kehrt er nach Serbien zurück, wo er möglicher Zuschauer bleiben will, da seine Partei Neutralität beschlossen habe.

Brüssel, 12. Juni. Deputirtenkammer. Sambiotte und Janson ersuchten die Regierung um Aufklärung bezüglich des Abkommens Englands mit dem Kongostaate. Letzterer betonte die Erregung, die in Europa in Folge des Abkommens verursacht worden sei, sowie die aus dem Vertrage sich ergebenden Schwierigkeiten. Zwischen Belgien und dem Kongostaate könne nur eine einfache Personalunion bestehen, er hoffe eine rasche Erledigung der Schwierigkeiten, von Seiten Frankreichs, der Belgien befreundeten Mächte, seien keine Konflikte zu befürchten, man müsse barmhertzig trachten, daß es im Konge zu keinem Blutvergießen komme.

Die Faktoren der staatlichen Gesetzgebung betheiligte sind. Und es mußte anerkannt werden, und wurde von den gesetzgebenden Faktoren anerkannt, daß das einen unverhältnismäßig umfangreichen Formalismus erzeuge, welcher für Staat und Kirche gleichmäßig belästigend werde. Der Hauptzweck der Kirchengemeinde- und Synodalordnungen liegt in der Durchführung der Selbstverwaltung auf allen Stufen des kirchlichen Gemeindeglieders unter wirksamer Betheiligung des Laienelements. Dies Prinzip dadurch gewährleisten zu wollen, daß eine einseitige kirchengesetzliche Veränderung desselben ohne ergänzenden Akt der Staatsgesetzgebung ausgeschlossen ist, wird das berechtigste Interesse der Landesvertretung an ihrer Mitwirkung bei Aenderung der Kirchenordnungen in ihren die Zusammensetzung der Gemeinde- und Synodalorgane betreffenden Bestimmungen bilden, aber auch erschöpfend.

In den letzten Wochen hat der Erzbischof von Posen-Ostpreußen v. Stahlenwast eine Visitations- und Besuchreise durch mehrere Kreise der Provinz Posen gemacht. Die Reise ging in sechsstündigem Wagen mit Spitzreiter von Ort zu Ort. Ueberall war feierlicher Empfang mit Ehrenportieren, Laubgewinden, Aufzügen bereit. An dieser äußerlichen Art des Umzugs eines katholischen Kirchenfürsten Anstoß zu nehmen, wäre verfehlt, wenn diese nicht in den Dienst der national-polnischen Propaganda gestellt gewesen wäre.

Über uns, nicht als Evangelische, sondern als Deutsche auf das allerheftigste verlegt hat, das war der Mißbrauch der Empfangsfeierlichkeiten zu einer politischen Demonstration. Der Wagen des Erzbischofs wurde aus einem Orte in den anderen von einer Kavalkade von fünfzig bis hundert Reiter in polnischen Uniformen oder Nationalkostümen eskortirt. Die Anzüge waren dem Vernehmen nach vom polnischen Theater in Posen geliehen. Sämmtliche Reiter trugen langhaarige Zöpfe in polnischen Farben. Leute, welche den polnischen Aufstand im Jahre 1848 hier miterlebt haben, verriethen, durch den Aufzug lebhaft an jene Zeit erinnert zu sein.

Königsberg i. Pr., 12. Juni. Die fünfzigjährige Jubiläumsfeier des ostpreussischen Hauptvereins des Gutten-Abth. Vereins wurde heute Nachmittag durch eine nicht öffentliche Versammlung der Abgeordneten im Artushof eingeleitet. Sodann fand in der Schloßkirche Gottesdienst statt, wobei Konfirmandenrath Ullsberger die Predigt hielt. Nach dem Gottesdienst erfolgte die Ueberreichung der Jubiläumsgaben vor dem Altar. Abends findet im Dom ein Kirchenkonzert statt.

Hannover, 12. Juni. Die Vereinsbevollmächtigten des 21. deutschen Ostwirthschaftstages wurden heute im großen Saal durch den Verbandsvorsitzenden Theodor Müller-Berlin begrüßt. Aus dem ganzen deutschen Reich sind die Berufsgenossen zahlreich erschienen. Die Stadt hat vielfach Flaggenzucht angelegt. Aus dem über die Vereinsfähigkeit erstatteten Bericht geht hervor, daß dem Verbands 202 Vereine mit 16000 Mitgliedern angehören.

Eisenach, 12. Juni. Heute Nachmittag fand die Bestattung der Wittve Fritz Reuters unter großer Theilnahme, besonders auch von Vertretern des Großherzogs, der Staats- und der städtischen Behörden statt. Archidivision Kaiser hielt die Gedächtnisrede.

Suttgart, 12. Juni. Nach der jüngst erschienenen Rangliste des württembergischen Armeekorps zählt dieses in der aktiven Armee 5 (im Vorjahre 4) Generale, 8 (8) Generalleutnants, 12 (10) Generalmajors, 23 (26) Obersten, 31 (26) Oberstleutnants, 84 (82) Majors, 290 (198) Hauptleute und Rittmeister, 172 (174) Premierleutnants, 273 (314) Sekondeleutnants, zusammen also 838 (im Vorjahre 842) Offiziere. Die Abnahme der Sekondeleutnants gegen das Vorjahr ist also sehr erheblich; sie betrifft insbesondere die Infanterie, bei der 159 vorhanden sind gegen 188 im Vorjahre. Die Reserve zählt 454 (im Vorjahre 425) Offiziere, die Landwehr 425 (415) Offiziere. Das königlich württembergische Offizierskorps hat somit insgesamt 1717 Offiziere gegen 1682 im vorigen Jahre.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Juni. Der ehemalige serbische Gesandte in Petersburg Nicola Paschitsch wurde hier auf der Durchreise interviewt. Aus seinen keineswegs sensationellen Aeußerungen ist immerhin folgendes hervorzuheben: Der gegenwärtige Zustand Serbiens sei unhaltbar. Die Behauptung, daß die Abthaler eine antidynastische Verschwörung angezettelt hätten, sei eine ungerechte Verdächtigung. Ansland habe den serbischen Staatsschreck schlecht aufgenommen. Stambulows Entlassung sei durch das Bestreben des Fürsten Ferdinand nach Anerkennung durch die Mächte hervorgerufen.

Brüssel, 12. Juni. Deputirtenkammer. Sambiotte und Janson ersuchten die Regierung um Aufklärung bezüglich des Abkommens Englands mit dem Kongostaate. Letzterer betonte die Erregung, die in Europa in Folge des Abkommens verursacht worden sei, sowie die aus dem Vertrage sich ergebenden Schwierigkeiten. Zwischen Belgien und dem Kongostaate könne nur eine einfache Personalunion bestehen, er hoffe eine rasche Erledigung der Schwierigkeiten, von Seiten Frankreichs, der Belgien befreundeten Mächte, seien keine Konflikte zu befürchten, man müsse barmhertzig trachten, daß es im Konge zu keinem Blutvergießen komme.

Belgien.

Brüssel, 12. Juni. Deputirtenkammer. Sambiotte und Janson ersuchten die Regierung um Aufklärung bezüglich des Abkommens Englands mit dem Kongostaate. Letzterer betonte die Erregung, die in Europa in Folge des Abkommens verursacht worden sei, sowie die aus dem Vertrage sich ergebenden Schwierigkeiten. Zwischen Belgien und dem Kongostaate könne nur eine einfache Personalunion bestehen, er hoffe eine rasche Erledigung der Schwierigkeiten, von Seiten Frankreichs, der Belgien befreundeten Mächte, seien keine Konflikte zu befürchten, man müsse barmhertzig trachten, daß es im Konge zu keinem Blutvergießen komme.

zwei Berichten über die Vorschläge zur Lösung der Arbeiterfrage bestand, ist seiner Zeit mitgetheilt worden. Seit ist noch ein Anhang zu diesen Berichten erschienen, der sich besonders mit den Gewerksvereinen beschäftigt. Es heißt dort u. a. über die juristischen Rechte der Vereine: „Jetzt werden in England Vereinbarungen zwischen organisirten Verbänden von Arbeitgebern und Arbeitern getroffen, die keine juristischen Korporationsrechte besitzen. Deshalb können sie auch nicht auf Schadenersatz verklagt werden, wenn ein Theil ihrer Mitglieder den abgeschlossenen Vertrag bricht. Kollektives Vorgehen ist somit ohne gesetzliche Verantwortlichkeit. Die getroffene Vereinbarung ist bis heute nur moralisch bindend. Dieser Zustand sollte durch Gesetz geändert werden. Beide Parteien, d. h. sämtliche Mitglieder der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände sollten wegen Bruch des zwischen beiden getroffenen Abkommens gerichtlich belangt werden können.“

Brüssel, 12. Juni. Die Krise endete mit einer völligen Niederlage der Regierung. Im heutigen Ministerrath stellte der König den Ministerrathpräsidenten Dabert vor die Entscheidung, entweder das Parlament heute aufzulösen oder sofort zurückzutreten. Der Ministerrath sprach sich für die Auflösung aus, damit sind die Schutzkleinigkeiten beseitigt.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Der Minister des Aeußern Hanoteau hatte gestern Abend eine lange Unterredung mit dem spanischen Botschafter Leon von Castillo in der Marofffrage. Wie verlautet, ist im Falle marokkanischer Unruhen ein gemeinsames Vorgehen Frankreichs und Spaniens in Aussicht genommen.

Madrid, 12. Juni. Dem Reuterschen Bureau wird unter dem heutigen aus Hongkong gemeldet, daß dort bisher 1500 Personen an der Pest gestorben sind. Auch mehrere Europäer seien von der Krankheit befallen worden; einer derselben sei der Krankheit erlegen. Die Zahl der Todesfälle betrage täglich annähernd fünfzig. Die Eingeborenen flüchteten. Die Regierung beabsichtige, alle ungehobenen von Eingeborenen bewohnten Stadttheile niederlegen zu lassen.

London, 12. Juni. Da im liberalen Lager Uneinigkeit über den Wahlgesetzvorschlag herrscht, dürfte die Regierung denselben wohl zurückziehen und sich auf die Budgetberathung und die irische Pächterbill beschränken.

Rußland.

Petersburg, 12. Juni. In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Departements für Reichsökonomie und des Ministerkomitees wurde die Verstaatlichung der Südwestbaltischen Eisenbahnen unter den früher gemachten Bedingungen beschlossen. Am nächsten Dienstag erfolgt die Veranlassung über die Fortführung der Moskwa-Jaroslavl-Eisenbahn von Wolgoga nach Arzangelsk. Am Sonnabend wird unter dem Vorsitz des Finanzministers eine Veranlassung über die Betriebsverhältnisse stattfinden, zu welcher Interessenten hinzugezogen werden.

Die Reichsrath hat gestern einstimmig das neue Bauplan der Reichsbank angenommen und nur bezüglich der Pensionsverhältnisse des Personals einige Ausstellungen gemacht. Aus Warschau wird gemeldet: Die neuer Befestigungen werden zu einer Festung dritten Ranges umgewandelt, das Festungskommando und die Festungstruppen nach Dubno in Galizien verlegt.

Nach einer Mittheilung der flamesischen Gesellschaft ist das zur Aburtheilung der Wärdler Orosgrün in Bangkok eingelegte gemischte Gericht nicht aufgelöst worden, sondern hat seine Sitzungen in Folge eines geringfügigen Widerstandes nur verlegt. Das Gericht werde unverzüglich wieder zusammenzutreten, um das Urtheil zu fällen. Pro-Not werde zugegen sein.

Toulon, 12. Juni.

Die Panzerschiffe „Doche“, „Reptune“, „Tage“ und „Lalande“ treten heute an der algerischen Küste ein. Die Panzer „Magenta“, „Devastation“, „Abmiral Dupere“ und „Alger“ stehen unter Dampf.

Italien.

Rom, 12. Juni. Die Abendblätter halten es für wahrscheinlich, daß die Kabinettskrise morgen gelöst wird. Sonnino werde das Portefeuille des Schatzes, das er bisher nur interimistisch verwaltet, definitiv übernehmen und das Finanzportefeuille an Boffelli abtreten, an dessen Stelle ein neuer Ackerbauminister werden ernannt werden. Die übrigen Minister würden ihre Portefeuilles behalten. In der Finanzfrage werde das Kabinet weitere Konjessionen machen.

Heute Abend 10 Uhr fand ein Ministerrath statt. Die sozialistischen Deputirten erwiderten die Anfrage des sozialistischen Zentralkomitees, ob ihre Mandate zu Gunsten der in Palermo Verurtheilten niederlegen wollten, verneinten; sie wollten ihre Kammerfrische behalten.

Die Bureaus der Kammer verweigern die Genehmigung zur Veröffentlichung der von dem Enquetekomite dem Archiv der Kammer einverleibten Geheimdokumente. Rom, 12. Juni. Die Ministerrath wird heute Abend gelöst werden. Die finanziellen Maßregeln werden in den zwei am meisten beschränkten Punkten gründlich abgeändert werden. Um die Agrarier zu gewinnen, werden die beiden Grundsteuerzehnten fallen gelassen werden. — Um die Sozialisten zu gewinnen, wird statt der 20 Proz. Rententoupons-Steuer eine 18- oder 17-proz. allgemeine Mobiliensteuer (Rente eingeschlossen) vorgeschlagen werden. Deshalb zweifelt man an Sonninos Verbleiben. Als Nachfolger wird der jetzige Arbeitsminister Saracco genannt. Das Kabinet wird einen nur unbedeutenden Personenwechsel erleben. Trotz des erwähnten Programmwechsels beharrt Brin bei seiner Weigerung, ins Kabinet einzutreten, wird jedoch die Regierung als Abgeordneter unterthun. Crispi wird, wie verlautet, morgen der Kammer die Lösung der Krisis melden.

Spanien und Portugal.

Madrid, 9. Juni. Gestern über die Reklamation der Vereinigten Staaten wegen 22 Millionen Fesetas in Cuba unrechtmäßig erbobener Zölle in den Aetes befragt, erklärte Moret, daß der Kolonialminister die Angelegenheit prüft und daß es sicher ist, daß dieser Anspruch auf irrtümlicher Interpretation der bestehenden Verträge beruht. Die heutigen Nachrichten aus Washington behaupten das Gegentheil und man befürchtet, daß die Forderung der nordamerikanischen Regierung nicht nur gegründet ist, sondern auch eine wichtige politische Seite hat und leicht zu unliebsamen Weiterungen Veranlassung geben kann.

Großbritannien und Irland.

Das Ergebnis der Veranlassungen des Ausschusses für die Arbeiterfrage in England, das in zwei Berichten über die Vorschläge zur Lösung der Arbeiterfrage bestand, ist seiner Zeit mitgetheilt worden. Seit ist noch ein Anhang zu diesen Berichten erschienen, der sich besonders mit den Gewerksvereinen beschäftigt. Es heißt dort u. a. über die juristischen Rechte der Vereine: „Jetzt werden in England Vereinbarungen zwischen organisirten Verbänden von Arbeitgebern und Arbeitern getroffen, die keine juristischen Korporationsrechte besitzen. Deshalb können sie auch nicht auf Schadenersatz verklagt werden, wenn ein Theil ihrer Mitglieder den abgeschlossenen Vertrag bricht. Kollektives Vorgehen ist somit ohne gesetzliche Verantwortlichkeit. Die getroffene Vereinbarung ist bis heute nur moralisch bindend. Dieser Zustand sollte durch Gesetz geändert werden. Beide Parteien, d. h. sämtliche Mitglieder der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände sollten wegen Bruch des zwischen beiden getroffenen Abkommens gerichtlich belangt werden können.“

London, 12. Juni. Da im liberalen Lager Uneinigkeit über den Wahlgesetzvorschlag herrscht, dürfte die Regierung denselben wohl zurückziehen und sich auf die Budgetberathung und die irische Pächterbill beschränken.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Der Minister des Aeußern Hanoteau hatte gestern Abend eine lange Unterredung mit dem spanischen Botschafter Leon von Castillo in der Marofffrage. Wie verlautet, ist im Falle marokkanischer Unruhen ein gemeinsames Vorgehen Frankreichs und Spaniens in Aussicht genommen.

Madrid, 12. Juni. Dem Reuterschen Bureau wird unter dem heutigen aus Hongkong gemeldet, daß dort bisher 1500 Personen an der Pest gestorben sind. Auch mehrere Europäer seien von der Krankheit befallen worden; einer derselben sei der Krankheit erlegen. Die Zahl der Todesfälle betrage täglich annähernd fünfzig. Die Eingeborenen flüchteten. Die Regierung beabsichtige, alle ungehobenen von Eingeborenen bewohnten Stadttheile niederlegen zu lassen.

London, 12. Juni. Da im liberalen Lager Uneinigkeit über den Wahlgesetzvorschlag herrscht, dürfte die Regierung denselben wohl zurückziehen und sich auf die Budgetberathung und die irische Pächterbill beschränken.

Rußland.

Petersburg, 12. Juni. In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Departements für Reichsökonomie und des Ministerkomitees wurde die Verstaatlichung der Südwestbaltischen Eisenbahnen unter den früher gemachten Bedingungen beschlossen. Am nächsten Dienstag erfolgt die Veranlassung über die Fortführung der Moskwa-Jaroslavl-Eisenbahn von Wolgoga nach Arzangelsk. Am Sonnabend wird unter dem Vorsitz des Finanzministers eine Veranlassung über die Betriebsverhältnisse stattfinden, zu welcher Interessenten hinzugezogen werden.

Die Reichsrath hat gestern einstimmig das neue Bauplan der Reichsbank angenommen und nur bezüglich der Pensionsverhältnisse des Personals einige Ausstellungen gemacht. Aus Warschau wird gemeldet: Die neuer Befestigungen werden zu einer Festung dritten Ranges umgewandelt, das Festungskommando und die Festungstruppen nach Dubno in Galizien verlegt.

Nach einer Mittheilung der flamesischen Gesellschaft ist das zur Aburtheilung der Wärdler Orosgrün in Bangkok eingelegte gemischte Gericht nicht aufgelöst worden, sondern hat seine Sitzungen in Folge eines geringfügigen Widerstandes nur verlegt. Das Gericht werde unverzüglich wieder zusammenzutreten, um das Urtheil zu fällen. Pro-Not werde zugegen sein.

Toulon, 12. Juni.

Die Panzerschiffe „Doche“, „Reptune“, „Tage“ und „Lalande“ treten heute an der algerischen Küste ein. Die Panzer „Magenta“, „Devastation“, „Abmiral Dupere“ und „Alger“ stehen unter Dampf.

Italien.

Rom, 12. Juni. Die Abendblätter halten es für wahrscheinlich, daß die Kabinettskrise morgen gelöst wird. Sonnino werde das Portefeuille des Schatzes, das er bisher nur interimistisch verwaltet, definitiv übernehmen und das Finanzportefeuille an Boffelli abtreten, an dessen Stelle ein neuer Ackerbauminister werden ernannt werden. Die übrigen Minister würden ihre Portefeuilles behalten. In der Finanzfrage werde das Kabinet weitere Konjessionen machen.

Heute Abend 10 Uhr fand ein Ministerrath statt. Die sozialistischen Deputirten erwiderten die Anfrage des sozialistischen Zentralkomitees, ob ihre Mandate zu Gunsten der in Palermo Verurtheilten niederlegen wollten, verneinten; sie wollten ihre Kammerfrische behalten.

Die Bureaus der Kammer verweigern die Genehmigung zur Veröffentlichung der von dem Enquetekomite dem Archiv der Kammer einverleibten Geheimdokumente. Rom, 12. Juni. Die Ministerrath wird heute Abend gelöst werden. Die finanziellen Maßregeln werden in den zwei am meisten beschränkten Punkten gründlich abgeändert werden. Um die Agrarier zu gewinnen, werden die beiden Grundsteuerzehnten fallen gelassen werden. — Um die Sozialisten zu gewinnen, wird statt der 20 Proz. Rententoupons-Steuer eine 18- oder 17-proz. allgemeine Mobiliensteuer (Rente eingeschlossen) vorgeschlagen werden. Deshalb zweifelt man an Sonninos Verbleiben. Als Nachfolger wird der jetzige Arbeitsminister Saracco genannt. Das Kabinet wird einen nur unbedeutenden Personenwechsel erleben. Trotz des erwähnten Programmwechsels beharrt Brin bei seiner Weigerung, ins Kabinet einzutreten, wird jedoch die Regierung als Abgeordneter unterthun. Crispi wird, wie verlautet, morgen der Kammer die Lösung der Krisis melden.

Spanien und Portugal.

Madrid, 9. Juni. Gestern über die Reklamation der Vereinigten Staaten wegen 22 Millionen Fesetas in Cuba unrechtmäßig erbobener Zölle in den Aetes befragt, erklärte Moret, daß der Kolonialminister die Angelegenheit prüft und daß es sicher ist, daß dieser Anspruch auf irrtümlicher Interpretation der bestehenden Verträge beruht. Die heutigen Nachrichten aus Washington behaupten das Gegentheil und man befürchtet, daß die Forderung der nordamerikanischen Regierung nicht nur gegründet ist, sondern auch eine wichtige politische Seite hat und leicht zu unliebsamen Weiterungen Veranlassung geben kann.

Großbritannien und Irland.

Das Ergebnis der Veranlassungen des Ausschusses für die Arbeiterfrage in England, das in zwei Berichten über die Vorschläge zur Lösung der Arbeiterfrage bestand, ist seiner Zeit mitgetheilt worden. Seit ist noch ein Anhang zu diesen Berichten erschienen, der sich besonders mit den Gewerksvereinen beschäftigt. Es heißt dort u. a. über die juristischen Rechte der Vereine: „Jetzt werden in England Vereinbarungen zwischen organisirten Verbänden von Arbeitgebern und Arbeitern getroffen, die keine juristischen Korporationsrechte besitzen. Deshalb können sie auch nicht auf Schadenersatz verklagt werden, wenn ein Theil ihrer Mitglieder den abgeschlossenen Vertrag bricht. Kollektives Vorgehen ist somit ohne gesetzliche Verantwortlichkeit. Die getroffene Vereinbarung ist bis heute nur moralisch bindend. Dieser Zustand sollte durch Gesetz geändert werden. Beide Parteien, d. h. sämtliche Mitglieder der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände sollten wegen Bruch des zwischen beiden getroffenen Abkommens gerichtlich belangt werden können.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. Juni. Bei dem am 25. und 26. Juni in Kolberg stattfindenden pommerschen Städtetag werden besonders folgende Fragen zur Erörterung kommen: Welche Aufgaben



